

Na, auf den Geschmack gekommen?

Wir?

Machen junge Politik die Spaß macht und bieten ein Forum für deine Meinungen und Ideen. Wir wollen dich nicht als SPD-Mitglied gewinnen, sondern uns gemeinsam mit dir für eine linke Reformpolitik stark machen.

Wir treffen uns jeden letzten Mittwoch des Monats im Ernst-Reuter-Haus, Bürgelstraße 1 in Magdeburg.

Die Juso-Hochschulgruppe ist jeden zweiten Montag um 19:30 im Riff zu finden.

Du!

Bist herzlich eingeladen jederzeit bei uns mitzumachen. Hier gibt es Politik zum Anfassen und wir freuen uns über jede und jeden der die Gelegenheit nutzt seine Meinungen und Ideen in einer lockeren Atmosphäre zu diskutieren.

Mitmachen lohnt sich, denn Einmischen und Mitmischen gibt nicht nur unserer Gesellschaft ihr Gesicht, sondern macht auch noch Spaß.

Zeig' dich und sei dabei!

Schreib uns eine Email oder schau einfach auf einem unserer nächsten Treffen vorbei.

Jusos Magdeburg - wer nochmal?

Wir sind eine bunte Gruppe von engagierten jungen Leuten, die Politik nicht nur PolitikerInnen überlassen wollen. Wir verstehen uns als Motor der SPD, als Impulskraft, die neue Wege aufzeigt und der Partei Farbe gibt. Trotzdem sind wir unabhängig und beziehen eigene Positionen, die sich auch von denen der Bundespartei unterscheiden.

Zu guter Letzt sind wir eine Gruppe junger Menschen die auch mal ganz unpolitisch zusammen Spaß haben.

Termine:

- Samstag, 12.01.: Meile der Demokratie
- Samstag, 19.01.: Mahnwache der DGB-Jugend, GH 12:00
- Montag, 21.01.: Juso-HSG Sitzung, 19:30 Riff
- Samstag, 26.01.: Semesterende OvGU
- Mittwoch, 30.01.: Juso Sitzung, 19:00 ERH

*ERH = Ernst-Reuter Haus, Bürgelstr. 1

*GH = Gewerkschaftshaus, Otto-von-Guericke Straße 6

Kontakt:



facebook.com/jusos.magdeburg
facebook.com/Juso.HSG.Magdeburg

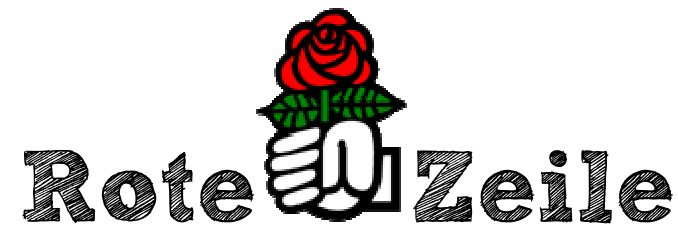


jusos-magdeburg.de
juso-hsg-magdeburg.de



vorstand@jusos-magdeburg.de
kontakt@juso-hsg-magdeburg.de

V. i. S. d. P.: Moritz Fessler, Bürgelstraße 1, 39104 Magdeburg



Infoblatt der Jusos und der
Juso HSG Magdeburg

Ausgabe 6

2013

Kein Tag für Nazis!

Wir Magdeburger Jusos stellen uns gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus.

Am 12. Januar ist es wieder soweit: Rechts-extreme aus dem ganzen Bundesgebiet treffen sich in Magdeburg, um ihren geschichts-revisionistischen Ansichten zu frönen und Rassismus sowie Fremdenhass zu schüren.

Zum mittlerweile 14. Mal beginnt für die Neonazis in Magdeburg die „Saison der Trauermärsche“, bei denen sie die Verbrechen Nazideutschlands relativieren und alliierte Gegenschläge diesen gleichsetzen. So werden die Bombardierungen der damals für die Rüstungsproduktion wichtigen Städte wie Magdeburg oder Dresden als „Bombenholocaust“ bezeichnet. Auch die Verbrechen der Wehrmacht werden in keiner Weise benannt. Im Gegenteil, sie werden verherrlicht und deren Soldaten als Opfer stilisiert.

Dass es den Neonazis der NPD und den sog. „Autonomen Nationalisten“ nicht um das Gedenken der Opfer der Bombardierung geht, lässt sich schon daran erkennen, dass sie um ihren Gedenktag ein Versteckspiel betreiben. (Fortsetzung auf Seite 2)

Kein Tag für Nazis!

(Fortsetzung von Seite 1)

Sie rufen nicht zum 16. Januar, dem Jahrestag der großflächigen Zerstörung Magdeburgs auf, sondern zum 12. und 19. Januar. Dies soll allein dazu dienen, uns DemokratInnen daran zu hindern, Gegenaktionen durchzuführen.

Das eigentliche Gedenken der zivilen Opfer Magdeburgs spielt hierbei keine Rolle. Daher gilt es sich beide Termine im Januar freizuhalten und den Neonazis zu zeigen, dass wir sie in unserer Stadt nicht haben wollen!

In Dresden haben kreative Aktionen und Blockaden in den letzten beiden Jahren gezeigt, dass für rechtsextremes Gedankengut in der Bundesrepublik kein Platz ist.

Lasst uns gemeinsam für ein weltoffenes, demokratisches und buntes Magdeburg eintreten, in dem es keinen Raum für rechtsextreme Ansichten und Hass gibt! Die Meile der Demokratie, auf der auch wir Jusos vertreten sind, findet am 12. Januar statt. Doch in der ganzen Stadt findet Ihr kreative Aktionen und Blockaden, an denen Ihr euch beteiligen könnt.

Lasst Magdeburg nicht zum Ersatz von Dresden werden! Haltet Eure Stadt sauber!



(Mathes)

Zurücklehnen und zuhören? Abgelehnt! - ein Kommentar

Kaum hat die SPD ihren Kanzlerkandidaten ernannt, steht dieser im Zentrum der Kritik.

Zuerst wurden seine Nebeneinkünfte als Redner zum Gesprächsthema, jetzt zu Neujahr ist seine Forderung nach einem höheren Kanzlergehalt in aller Munde. War ersteres nur eine Neiddebatte, mit dem Ziel den Kandidaten von den Normalbürgern zu entfremden, so schließt sich die Gehälterdiskussion nahtlos daran, die Peer Steinbrück noch gieriger darstellt. Die Vorwürfe gegen den Kandidaten von anderen Parteien sind hier jedoch vollkommen fehl am Platz. An keiner Stelle in dem Interview, das Steinbrück der FAZ gab, war von der Forderung nach einem höheren Kanzlergehalt die Rede. Es ging ausschließlich darum, dass Politiker in Deutschland nicht überbezahlt sind.

Es ist traurig, dass solche Bemerkungen von der Presse mit Unterstützung des politischen Gegners zu wochenlangen Sensationsstorys aufgebauscht werden. Noch trauriger ist es aber, dass die SPD das kommentarlos zur Kenntnis nimmt. Spätestens nach der Landtagswahl in Niedersachsen muss sich das ändern.

Wollen die Sozialdemokraten die anstehende Bundestagswahl wirklich für sich entscheiden, müssen sie ihren Themenkomplex „Gerechtigkeit“ mit den Einzelthemen Generationengerechtigkeit, Leistungs- und Einkommensgerechtigkeit deutlicher an die Öffentlichkeit bringen. Nur wer eigene Inhalte kommuniziert, gibt sich Profil und bekennt Farbe.

(Bene)

Regulierungspolitik mit neuem Schwung?

Seit 5 Jahren hält die Finanzkrise Europa in Atem. Traut sich die Politik an die Ursachen?

Wer vor kurzem die Zeitung in die Hand genommen und nach dem Stichwort „Bankenregulierung“ gesucht hat, wird sich an den Kopf gefasst haben. Nicht etwa, weil eine Großraffia bei der Deutschen Bank zutage gebracht hat, dass dort Milliardenumsätze nicht immer auf ehrliche Art gemacht werden. Vielmehr um der Art & Weise, wie die Politik versucht, sich gegen das Diktat der Wirtschaft zur Wehr zu setzen.

Ein Gesetzesentwurf, der Mitte Januar von den SPD-Finanzministern der Länder abgestimmt werden soll, sieht eine Änderung des Kreditwesengesetzes vor. Hierbei werden deutsche Banken dazu angehalten, „Steuerhinterziehung als Geschäftsmodell einer Bank auszuschließen und im Gegenteil mit den Finanzämtern zu kooperieren.“

Dass es für diese Selbstverständlichkeit einen Gesetzesentwurf benötigt, straft alle es-ist-viel-passiert und die-Banken-sind-gezähmt-Prediger Lügen. Solange es der Chef der Deutschen Bank Jürgen Fitschen immer noch wagt, die klare Grenze zwischen Wirtschaft und Politik mit einem Vertuschungsversuch zu verwischen, oder Nahrungsmittel- und Rohstoffspekulationen Menschen in den Hunger zwingen, ist noch nicht genug passiert.

Es ist Zeit, dem Wunsch der Gesellschaft nach einem wirklich regulierten Finanzsektor zu entsprechen. Ob 2013 hier jedoch etwas Neues bringen wird, bleibt abzuwarten.

(Moritz)